

«Ein Denkkzettel für die bürgerlichen Parteien»

Interview: David Vonplon – Das Stimmvolk hat dem bürgerlichen Lager mit seinem wuchtigen Nein zum Umwandlungssatz eine Ohrfeige verpasst. Die Verlierer können dies nicht allein auf die Abzocker-Debatte abschieben, sagt Politologe Michael Hermann.

Herr Hermann, Drei von vier Schweizern sagen Nein zur Senkung des Umwandlungssatzes. Weshalb diese deutliche Ablehnung?

Sozialabbau-Vorlagen haben es an der Urne meistens schwer, insbesondere wenn es um die Rente geht, die alle betrifft. Das Stimmvolk unterstützt solche Vorlagen nur, wenn es von deren Notwendigkeit überzeugt ist. Bei der Senkung des Umwandlungssatz war das nicht der Fall. Die Schweizerinnen und Schweizer haben nicht verstanden, weshalb ihre Renten gesenkt werden sollen, während die Pensionskassenversicherungen so hohe Renditen erwirtschaften. Dass die Ablehnung so heftig ausfällt, hat aber alle überrascht.

Hat die bürgerliche Politik in der jüngeren Vergangenheit überhaupt eine ähnliche Ohrfeige einstecken müssen?

Zuletzt 2004 beim Steuerpaket und bei der 11. AHV-Revision, die mit Zweidrittelmehrheiten bachab geschickt wurden. Dass es nun über 70 Prozent sind, ist jedoch eindrücklich. Insbesondere weil diesmal die Front der bürgerlichen Parteien relativ geschlossen blieb. Allerdings hat die starke Opposition gegen den Umwandlungssatz bei den SVP-Delegierten bereits darauf hingedeutet, dass die bürgerliche Basis diesmal nicht mitmacht.

Was haben die Befürworter der Senkung des Umwandlungssatzes falsch gemacht?

Die bürgerliche Politik hat im Abstimmungskampf allzu defätistisch agiert und es nicht geschafft, ihr Anliegen der Bevölkerung zu verkaufen. Die Kampagne war defensiv und kam wie eine Pflichtübung daher. So, als hätte man die Niederlage kommen sehen. Die Gewerkschaften dagegen waren mit grosser Lust dabei. Man hatte den Eindruck, als wüssten sie, dass eine dicke Überraschung drin liegt.

Inwiefern hat die Abzocker-Debatte und die verbreitete Wut auf die Finanzbranche das

Resultat vorweggenommen?

Die Verlierer aus dem bürgerlichen Lager können diese Niederlage nicht allein auf das herrschende Klima abschieben. Die Bevölkerung unterscheidet stark von Vorlage zu Vorlage. Erinnern wir uns daran, dass die Erhöhung der Mehrwertsteuer noch vor ein paar Monaten durchgekommen ist. Sicherlich aber fiel es der Linken leichter, in diesem Klima ihre Rhetorik des Rentenklaus an den Mann zu bringen. Ihr Vorwurf, die Versicherungen würden dank einem tieferen Umwandlungssatz am Geschäft mit der beruflichen Altersvorsorge mehr verdienen, stach.

Wie sehr kann die Linke von diesem Erfolg profitieren?

Sie hat heute Referendumskraft bewiesen. Das hilft ihr, dass sie in Zukunft wieder ernster genommen wird. Nach vielen Wahlniederlagen und Niederlagen bei der Unternehmenssteuerreform, der ALV-Reform und der AHV-Initiative war dieses Erfolgserlebnis allerdings auch nötig. Zumal solche Abstimmungen den politischen Diskurs über Monate hinweg prägen können. Denken wir nur daran, wie sehr die SVP vom Minarett-Verbot moralisch profitieren konnte. Gewerkschaften und SP würden sich aber zu früh freuen, wenn sie diesen Sieg nun als Auftakt werten würden, dass die Bevölkerung jetzt zur Jagd gegen sämtliche bürgerlichen Vorlagen geblasen hätte.

Was hat das Resultat nun für künftige Abstimmungen zu bedeuten? Bereits fordern Gewerkschafter den Übungsabbruch bei der 11. AHV-Revision.

Das Abstimmungsergebnis macht deutlich, dass bei den Renten wenig Spielraum herrscht. Das wird dazu führen, dass die Politik kaum grosse Reformschritte wagen wird. Gerade die bürgerlichen Parteien haben einen Denkkzettel erhalten. Im Parlament können sie sich auf eine zwei-Drittel-Mehrheit verlassen. Es zeigt sich

nun aber wieder einmal, dass das Volk trotzdem
anderer Meinung sein kann.